

# newsletter

des Deutschen Landkreistages zum SGB II

## INHALT

- Editorial
- Aktuelle Fragen der Option
  - Benchlearning der Optionskommunen
  - LSG-Entscheidungen schriftlich ausgefertigt: Keine Ansprüche des Bundes
- Aktivitäten auf Bundesebene im Überblick
  - Tödlicher Angriff im Jobcenter Rhein-Kreis Neuss
  - Entwurf des Bundeshaushalts 2013
  - Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2013
  - DLT-Papiere zum Sozialen Arbeitsmarkt, zur Weiterentwicklung der SGB II-Eingliederungsleistungen und zur Instrumentenreform 2012
  - DLT-Vorschläge zur Reduzierung des Verwaltungsaufwands für das Bildungspaket
  - Revision der KdU-Bundesbeteiligung für das Bildungspaket
  - Umschulung von Schlecker-Mitarbeitern
  - Gelungener Tag der Optionskommunen 2012
  - Analyse der Personalsituation in gemeinsamen Einrichtungen
- Termine

**KOMMUNEN**  
für Arbeit

 DEUTSCHER  
LANDKREISTAG

>>> EDITORIAL

Der seit 2007 erscheinende Newsletter steht allen Interessierten zur Verfügung und ist öffentlich zugänglich. Daneben steht der Newsletter in den Internet-Foren des Deutschen Landkreistages zum Abruf bereit.

Die Gestaltung soll auch durch Beiträge der Optionskommunen, der Jobcenter und der Landesverbände über die örtlichen und regionalen Entwicklungen geprägt werden. Deshalb bitten wir um die Übermittlung von Nachrichten an:  
[Matthias.Koepp@Landkreistag.de](mailto:Matthias.Koepp@Landkreistag.de) und [Waltraud.Nothof@Landkreistag.de](mailto:Waltraud.Nothof@Landkreistag.de).

Bitte melden Sie sich für den Newsletter-eMail-Verteiler an bei:  
[Waltraud.Nothof@Landkreistag.de](mailto:Waltraud.Nothof@Landkreistag.de)

Für die fachliche Erörterung der Fragen zum SGB II steht Ihnen das Dezernat Soziales und Arbeit des DLT in bewährter Weise zur Verfügung:

Referent	Matthias Köpp
Referent	Markus Keller
Beigeordnete	Dr. Irene Vorholz
Sekretariat und Planung	Waltraud Nothof

Berlin, Oktober 2012

>>> AKTUELLE FRAGEN DER OPTION

>> Benchlearning der Optionskommunen

Das Benchlearning der Optionskommunen konnte zum 1.9.2012 – ein Jahr nach der Fachtagung zur Weiterentwicklung des Benchmarking mit allen Optionskommunen – begonnen werden. Der im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens ausgewählte Dienstleister gfa|public GmbH hatte seitens des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städtetages, die für die Optionskommunen das Ausschreibungsverfahren durchgeführt hatten, im August d. J. den Zuschlag erhalten.

Nachdem gfa|public schon mit allen Optionskommunen Kontakt aufgenommen hatte und intensiv an den Grundlagen des künftigen Benchlearning arbeitet, wird eine Auftakttagung zum Benchlearning mit allen Optionskommunen am 5.11.2012 in Berlin stattfinden.

[vertiefend: SGB II-Forum Option > Benchlearning der Optionskommunen]

>> LSG-Entscheidungen schriftlich ausgefertigt: Keine Ansprüche des Bundes

Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hat seine zwei Entscheidungen vom 19.4.2012 und vom 3.5.2012 schriftlich begründet. Der klagende Optionskreis Minden-Lübbecke hat in beiden Fällen gegen den Bund obsiegt und die Zahlung der vom Bund rückgeforderten SGB II-Kosten zugesprochen bekommen. In der zeitlich zweiten Entscheidung ging es um sonstige weitere Leistungen nach § 16 Abs. 2 SGB II a. F. (neben dem Verfahren des Landkreises Biberach das zweite Musterstreitverfahren, das von der Gesamtheit der Optionskommunen unterstützt wird), in der ersten um Folgen der vertikalen Einkommensanrechnung. Zuständig waren zwei unterschiedliche Senate.

Kernargument des LSG ist, dass wirksames Verwaltungshandeln vorliegt. Hierfür habe der Bund die im Rahmen seiner Finanzierungszuständigkeit resultierenden Kosten zu tragen. Die Finanzierungslast des Bundes für die Aufgaben der Optionskommune sei nicht auf materiell rechtmäßige Aufwendungen beschränkt. Die Optionskommune treffe nach der verfassungsunmittelbaren Haftungsverteilung zwischen Bund und Ländern lediglich der Haftungskern für Pflichtverletzungen wie Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

[vertiefend: DLT-RS 435/2012 vom 31.8.2012 und DLT-RS 462/2012 vom 18.9.2012]

➤➤➤ AKTIVITÄTEN AUF BUNDESEBENE IM ÜBERBLICK

➤➤ Tödlicher Angriff im Jobcenter Rhein-Kreis Neuss

Im Jobcenter Rhein-Kreis Neuss (gE) ist Ende September eine 32-jährige Mitarbeiterin nach einer Messerattacke durch einen SGB II-Empfänger getötet worden. Seitdem werden die Sicherheitsmaßnahmen in den Jobcentern intensiv diskutiert. BA, DLT und Deutscher Städtetag haben in einem gemeinsamen Brief den direkt betroffenen Mitarbeitern sowie allen anderen Jobcenter-Mitarbeitern signalisiert, dass sie in ihrer täglichen Arbeit wertgeschätzt und in dieser Situation unterstützt werden.

[vertiefend: [www.landkreistag.de](http://www.landkreistag.de) > Aktuelles > Kurzmeldung vom 27.9.2012]

➤➤ Entwurf des Bundeshaushalts 2013

Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2013 sieht für den Bereich des SGB II folgende Ansätze vor:

Bundesbeteiligung Kosten der Unterkunft	4,6 Mrd. € (2012: 4,9 Mrd. € = - 6 %),
Eingliederungsmittel	3,9 Mrd. € (2012: 4,4 Mrd. € = - 11 %),
Verwaltungskosten	4,05 Mrd. € (wie 2012).

Der Rückgang bei der KdU-Bundesbeteiligung beruht auf der Annahme sinkender SGB II-Bedarfsgemeinschaften. Die Kürzung bei den Eingliederungsmitteln dagegen ist im Verhältnis zur Entwicklung der SGB II-Leistungsempfängerzahlen nach wie vor überproportional. Zugleich ist eine Verschiebung in Höhe von 250 Mio. € aus den Eingliederungsmitteln in die Verwaltungskosten vorgesehen.

Die auf das einzelne Jobcenter entfallenden Mittel werden sich aus der Eingliederungsmittel-Verordnung 2013 ergeben, die erst nach der Verabschiedung des Bundeshaushalts für 2013 erlassen werden kann. Mit Schreiben vom 29.10.2012 hat das BMAS die vorläufigen Ansätze für die Jobcenter mitgeteilt.

[vertiefend: DLT-RS 526/2012 vom 29.10.2012]

➤➤ Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2013

Die vom BMAS vorgelegte Verordnung zur Fortschreibung der Regelbedarfsstufen für das Jahr 2013 wurde mit Zustimmung des Bundesrates im Bundesgesetzblatt verkündet. Zum 1.1.2013 erhöhen sich im SGB XII sowie im SGB II und bei Analogleistungen nach dem AsylbLG die Regelbedarfsstufen um 2,26 %.

	derzeit	2013
Alleinstehende, Alleinerziehende, Lb mit minderjährigem Partner	374 €	382 €
Volljährige Partner der Bedarfsgemeinschaft (BG)	337 €	345 €
Sonstige erwerbsfähige Angehörige der BG über 18 Jahre	299 €	306 €
Sonstige erwerbsfähige Angehörige der BG unter 18 Jahre und für Leistungsberechtigte im 15. Lebensjahr	287 €	289 €

[vertiefend: DLT-RS 520/2012 vom 24.10.2012]

➤➤ DLT-Papiere zum Sozialen Arbeitsmarkt, zur Weiterentwicklung der SGB II-Eingliederungsleistungen und zur Instrumentenreform 2012

Zur Eingliederung in Arbeit hat der DLT mehrere Papiere verabschiedet:

- Die „Forderungen zur Weiterentwicklung der SGB II-Eingliederungsleistungen“ vom 1./2.10.2012 zeigen Entwicklungsperspektiven der Eingliederungsleistungen aus Sicht der Verwaltungspraxis auf und weisen auf gesetzliche Anpassungsbedarfe hin.
- Die „Hinweise zur Instrumentenreform 2012“ vom 27./28.9.2012 sollen für Optionskommunen Anregungen für die Umsetzung der Eingliederungsleistungen in der Praxis geben. Für Landkreise in gemeinsamen Einrichtungen sollen die Hinweise eine Basis für die örtliche Diskussion der fachlichen Hinweise der BA bieten.
- Im „Positionspapier zum Sozialen Arbeitsmarkt“ vom 20./21.6.2012 wird angesichts des hohen Anteils von Leistungsberechtigten im SGB II, die keine unmittelbare Aussicht auf Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt haben und häufig langzeitarbeitslos sind, öffentlich geförderte Beschäftigung für unerlässlich gehalten. Dafür bedarf es auskömmlicher Mittel. Zugleich muss der Gesetzgeber SGB II-spezifische Instrumente für die Integration zulassen.

[vertiefend: DLT-RS 504/2012 vom 16.10.2012 und DLT-RS 365/2012 vom 12.7.2012]

➤➤ DLT-Vorschläge zur Reduzierung des Verwaltungsaufwands für das Bildungspaket

Der DLT hat das vom Präsidium am 1./2.10.2012 beschlossene Forderungspapier „Gesetzliche Änderungsvorschläge zur Reduzierung des Verwaltungsaufwands für das Bildungs- und Teilhabepaket“ in den Runden Tisch Bildungspaket bei Bundesministerin von der Leyen eingebracht. Die Bundesministerin hat zugesagt, noch in dieser Legislaturperiode Gesetzesänderungen einzubringen, sofern allgemeiner Konsens besteht. Dieser soll nun kurzfristig in der BuT-Arbeitsgruppe des Bund-Länder-Ausschusses nach § 18c SGB II (BLA) hergestellt werden.

[vertiefend: DLT-RS 506/2012 vom 17.10.2012]

➤➤ Revision der KdU-Bundesbeteiligung für das Bildungspaket

Das BMAS hat seine Vorstellungen zur Umsetzung der Revision der KdU-Bundesbeteiligung für das Bildungs- und Teilhabepaket konkretisiert und einen ersten Entwurf für die Verordnung vorgelegt. Die strittige Frage, ob bei der im Jahr 2013 beginnenden Revision eine etwaige Differenz zwischen der Quote und den Ist-Ausgaben auch schon für das Jahr 2012 ausgeglichen wird, bejaht das BMAS bekanntlich. Länder und Kommunen teilen dies überwiegend nicht und sprechen sich für eine fixe Quote im Jahr 2012 wie bereits im Startjahr 2011 aus.

[vertiefend: DLT-RS 481/2012 vom 27.9.2012]

## >> Umschulung von Schlecker-Mitarbeitern

Nach der Insolvenz der Drogeriemarkt-Kette „Schlecker“ stehen Unterstützungsleistungen für die arbeitsuchenden Mitarbeiterinnen im medialen Fokus. Der DLT-Sozialausschuss hält eine Unterstützung von Schlecker-Mitarbeitern sowie anderer arbeitsuchender Personen für gleichermaßen wichtig. Bei der gegenwärtigen Diskussion zur Weiterbildung entlassener Schlecker-Mitarbeiterinnen sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Grundsätzlich ist die Vermittlung in Arbeit vorrangig gegenüber einer Weiterbildung.
- Für die Förderung einer Weiterbildung sind immer die individuellen Voraussetzungen im Einzelfall zu prüfen.
- Für Personen, die aus persönlichen oder gesundheitlichen Gründen nicht vollzeitbeschäftigt waren, bietet das Gesetz im Bereich der Weiterbildung keine Lösung an; insbesondere sind Teilzeit-Weiterbildungen in anerkannten Ausbildungsberufen nur unzureichend förderfähig.
- Bei einer Weiterbildung zu Altenpflegern bzw. Erziehern ist eine Förderung nur für zwei Drittel der Weiterbildungszeit vorgesehen, die Restfinanzierung muss anderweitig sichergestellt werden.
- Soweit besondere Fördermöglichkeiten durch den Bund eröffnet werden, müssen diese auch anderen arbeitslosen Personen, insbesondere SGB II-Leistungsberechtigten zur Verfügung gestellt werden.

## >> Gelungener Tag der Optionskommunen 2012

Am 19.9.2012 fand im Berliner dbb-forum der Tag der Optionskommunen 2012 statt. Zum fünften Mal in Folge trafen sich Landkreise und kreisfreie Städte, die das SGB II in eigener Verantwortung ohne die Agentur für Arbeit umsetzen. Während die Veranstaltung in den vergangenen Jahren mit Blick auf die Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende vorrangig politisch ausgerichtet war, gab es nach der Entscheidung des Gesetzgebers über die Jobcenterreform nun erstmals einen Tag der Optionskommunen als reine Fachveranstaltung. Gleichfalls erstmals beteiligte sich auch der Deutsche Städtetag.

Mit den 41 neuen Optionskommunen fand der Tag der Optionskommunen zugleich mit einer deutlich größer gewordenen „Optionsfamilie“ statt. Darüber hinaus nahmen eine Reihe von Vertretern aus dem Deutschen Bundestag, den Landtagsfraktionen, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Landesministerien sowie Verbänden und Wissenschaft teil. Mit über 220 Teilnehmern war der Kongress fast überbucht. Der Thematik „SGB II-Langzeitbezug und kommunale Leistungen“ gewidmet bot der Kongress mehrere interessante Fachvorträge sowie vier Workshops zum Austausch der Optionskommunen untereinander.

[vertiefend: „Der Landkreis“ Heft 10/2012, S. 554 ff., und SGB II-Forum Option > Materialien zu Sitzungen der Optionskommunen > Tag der Optionskommunen > Dokumentation 2012]

>> Analyse der Personalsituation in gemeinsamen Einrichtungen

Auf der Grundlage der von der BA fortlaufend gepflegten Mitarbeiterstatistik in den gemeinsamen Einrichtungen (Personal in den gemeinsamen Einrichtungen = PergE) hat der DLT die Relation zwischen Mitarbeitern und Leistungsberechtigten berechnet. Dabei ergeben sich auf Jobcenterebene zwischen 50 und 112 Leistungsberechtigte pro Mitarbeiter. Betrachtet man die Unterschiede auf Ebene der Länder beträgt die Spreizung noch zwischen 70 und 98 Leistungsberechtigten.

Der kommunale Personalanteil ist in den letzten beiden Jahren mit etwa 33 % relativ stabil geblieben. Die Befristungsanteile sind bei BA-Mitarbeitern sowie bei kommunalen Mitarbeitern in den letzten Jahren gesunken.

[vertiefend: DLT-RS 452/2012 vom 13.9.2012]

>>> TERMINE

Folgende Termine haben im dritten und vierten Quartal 2012 stattgefunden bzw. stehen noch an:

31.7.2012	BLA-UAG Einbeziehung kommunaler Leistungen in die Zielsteuerung SGB II
1.8.2012	BLA-AG Eingliederung
9.8.2012	BLA-UAG Kennzahlen
16.8.2012	Arbeitsausschuss Ausbildungspakt
13.9.2012	BLA-AG Steuerung
19.9.2012	Tag der Optionskommunen in Berlin
15.10.2012	4. Runder Tisch Bildungspaket bei BM' von der Leyen
16.10.2012	DLT-Arbeitskreis gemeinsame Einrichtungen
17.10.2012	BLA-AG Steuerung
18.10.2012	BLA-UAG-Workshop kommunale Leistungen
24.10.2012	BLA-AG Bildung und Teilhabe
25.10.2012	BLA-AG Eingliederung
29.10.2012	BLA-AG Verwaltungskosten
30.10.2012	BLA-AG Personal
5.11.2012	BLA-AG Steuerung
5.11.2012	Fachtagung Benchlearning der Optionskommunen
6.11.2012	Arbeitskreis Option beim DLT in Berlin
14.11.2012	BLA (Bund-Länder-Ausschuss nach § 18c SGB II)
14.-16.11.2012	Sozialgerichtstag in Potsdam
15.11.2012	BLA-AG Steuerung (Vorratstermin)
22.11.2012	Arbeitsausschuss Ausbildungspakt
28./29.11.2012	Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK)
30.11.2012	BLA-AG Steuerung (Vorratstermin)
12.12.2012	BLA-AG Steuerung
14.12.2012	Arbeitsausschuss Ausbildungspakt
18./19.12.2012	Haushaltsworkshop für Neuoptierer beim BMAS
24./25.1.2013	BA-Tag der gemeinsamen Einrichtungen in Berlin